

NO FRONTEx

Medienmitteilung NoFrontex

Nein zum Frontex-Gesetz am 15. Mai 2022

Pressekonferenz im Medienzentrum, 25.02.2020

Gewalt, Elend und Tod sind an den Aussengrenzen Europas Alltag geworden. Menschen auf der Flucht werden entrechtet, geprügelt und abgeschoben. Als europäische Grenz- und Küstenwache ist Frontex mitverantwortlich.

Recherchen bestätigen, was Menschen auf der Flucht seit Jahren sagen: Frontex ist Komplizin bei Menschenrechtsverletzungen¹. Entlang der Balkanroute ist Frontex an illegalen "Pushbacks²" beteiligt. Auf dem Mittelmeer ist Frontex anwesend, wenn nationale Küstenwachen die Motoren von Booten zerstören und Menschen auf der Flucht im Meer zurücklassen. Die Abschottungspolitik der EU kostete seit 1993 über 44'000 Tote, die Dunkelziffer eingerechnet sind es viele mehr.

Trotzdem hat das Schweizer Parlament im Herbst 2021 beschlossen, die Finanzierung von Frontex massiv auszubauen: Der Schweizer Beitrag an Frontex würde von 14 Millionen bis 2027 auf 61 Millionen Franken pro Jahr steigen. Zudem würde sich das Schweizer Grenzwachtkorps vermehrt an bewaffneten Frontex-Einsätzen im Ausland beteiligen. Gegen diesen Parlamentsentscheid haben Aktivist:innen und Basisorganisationen rund um das *Migrant Solidarity Network* erfolgreich das Referendum ergriffen. Jetzt setzt sich eine breite Allianz von Basiskollektiven, Organisationen, Parteien und Kirchen für ein NEIN am 15. Mai ein.

Im Folgenden finden Sie Statements mit Kontaktangaben sowie Hintergrundinformationen zum Referendum.

¹ siehe bspw. Sendung SRF Rundschau vom 06.10.2021; Artikel Balkan Insight vom 6.2.2020

² geläufige Bezeichnung für den gewaltsamen Prozess, durch welchen flüchtenden Menschen das Recht auf Bewegungsfreiheit und Asyl verweigert wird.

Statements der Teilnehmenden der Medienkonferenz 25.02.2022

«Frontex tut so, als ob Migration eine Gefahr ist, als ob die Menschen auf der Flucht gefährlich sind. Dabei wollen sie einfach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten mit Perspektiven. Frontex mehr Geld zu geben, bedeutet, dass es mehr Gewalt an der Grenze gibt. Deshalb ist das Komitee NoFrontex gegen die Erhöhung des Geldes für Frontex. Wir wollen Bewegungsfreiheit und keinen erhöhten Grenzschutz.»

Saeed Farkhondeh | Migrant Solidarity Network | frontex-referendum@immerda.ch

«Frontex steht für die Politik der Europäischen Union. Die EU betreibt seit Jahren eine Politik der Abschottung und der hohen Mauer, ohne dabei auch nur den geringsten Gedanken an das Schicksal der verzweifelten Menschen zu verschwenden, die jenseits der Mauern gefangen bleiben und oft einer Zukunft voller Leid, Folter und Tod ausgeliefert sind. Die Zurückbehaltung der Mittel von Frontex kann ein erster wichtiger Schritt sein, um die EU zu einer radikalen Änderung dieser Politik der immer höheren Mauern zu drängen.»

Mussie Zerai | Mitbegründer Alarmphone

«Au collectif Droit de Rester à Lausanne, pendant nos permanences, nous recevons les quelques personnes qui ont réussi à passer entre les barbelés, les tirs et les contrôles. Fatigué-es d'errer, de subir emprisonnement ou tortures, violence de toutes sortes elles espèrent être arrivées. Mais ici la même violence les poursuit, violence administrative, violence policière, violence dans la négation de leur existence en tant qu'êtres humains. Ils et elles deviennent des numéros qu'on case quelque part où ils/elles sont gardé-es, surveillé-es, pour finir expulsé-es avec violence dans les avions de Frontex.»

Graziella de Coulon | Droit de Rester

«Solidarität und der Schutz der Grundrechte sind zentrale europäische Werte: Dazu gehört das Recht, ein Asylgesuch zu stellen. Dieses wird von Frontex derzeit mit Füßen getreten. Mit einem Nein stärkt die Schweiz jene Kräfte in der EU und im europäischen Parlament, welche von Frontex den Respekt der Grundrechte einfordern.»

Balthasar Glättli | Präsident Grüne

«Heute besteht die europäische Flüchtlingspolitik leider hauptsächlich in der Abwehr von Menschen auf der Flucht. Frontex setzt diese menschenunwürdige Politik um. Mit unserem Referendum stellen wir sicher, dass die Schweiz mehr Menschen Schutz bietet und wir so mithelfen, dass Frontex in Zukunft die Menschenrechte achtet.»

Daniel Jositsch | SP Zürich

«Jeder Mensch ist Gottes Ebenbild und hat ein Recht auf ein Leben in Würde. Dass wir unsere Grenzen schützen vor jenen, die Schutz suchen ist absurd. Schützen wir am 15. Mai stattdessen die Menschenrechte.»

Andrea Meier | Kath. Theologin, «Kirchen gegen Frontex-Ausbau»

Hintergrundinformationen zur Europäischen Grenzschutzagentur Frontex

In Kürze: Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Sie wurde 2005 in Polen gegründet und ist mit einer Armee aus Grenzschützer:innen und einem riesigen Arsenal an eigenem Einsatzgerät die am schnellsten wachsende EU-Agentur. Sie orchestriert die EU-Politik der Migrationsabwehr.

Bisher hat die Schweiz den Frontex-Ausbau stets mitgetragen – das wird mit dem NoFrontex Referendum und der Abstimmung am 15. Mai nun in Frage gestellt. NoFrontex fordert: NEIN zu Frontex, JA zur Bewegungsfreiheit für alle.

Die Hauptaktivitäten von Frontex

- Aufrüstung lokaler Grenzschutzbehörden und Ausstattung mit technischem und strategischem Know-how (speziell im Bereich der Überwachung über die Angleichung an europäische Standards und Systeme)
- Verfassen von sogenannten «Risikoanalysen» samt Handlungsempfehlungen (wie bspw. Grenzkontrollen verstärken, Einsätze von Frontex ausweiten oder Ressourcen der Agentur aufstocken)
- Rückführungen von illegalisierten Migrant:innen (dabei direkte und indirekte Verwicklung in illegale Pushbacks)
- Planung und Durchführung von Ausschaffungen in der gesamten EU

Einsatzgebiete

Das Frontex-Mandat ist über die Jahre hinweg stetig gewachsen. Frontex arbeitet aktiv mit mehr als 20 Nicht-EU-Ländern zusammen und/oder entsendet Beamt:innen in diese Länder, darunter Niger, Senegal und immer wie mehr Balkanstaaten. Im Mai 2019 startete Frontex in Albanien ihre erste Operation in einem Drittstaat, gefolgt von zwei Operationen in Montenegro im Jahr 2020. Ein Statusabkommen das solche Operationen ermöglicht, [wurde im Herbst 2021 von Serbien ratifiziert](#). Dort sollen [87 Frontex-Beamt:innen zum Einsatz kommen](#). Während Frontex von Bemühungen gegen die «organisierte Kriminalität» spricht, zeigt der Einsatzort den eigentlichen Fokus der geplanten Mission. Das lokale Koordinationszentrum der Frontex-Operation ist der Grenzübergang Gradina zwischen Serbien und Bulgarien, der zuvor oft Ausgangspunkt von Pushbacks war. [Jüngst wurde ausserdem bekannt, dass Frontex im Senegal den ersten Einsatz in einem Afrikanischen Land plant](#).

Weiter kooperiert Frontex systematisch mit der sogenannten libyschen Küstenwache, die massenhaft Boote abfängt und gewaltsam zurück nach Libyen schafft, [wo Migrant:innen unter gewaltvollen Bedingungen festgehalten werden](#).

Frontex und ihr Wachstum

Frontex wurde 2005 gegründet und ihr Mandat jeweils 2007, 2011 und 2019 erweitert. Ihr Budget ist seither regelrecht explodiert: Während im Jahr 2005 das Jahresbudget 6 Millionen Euro betrug, sind für [den Zeitraum von 2021-2027 bis zu 11 Milliarden Euro](#) vorgesehen.

Personell soll die Einsatztruppe von Frontex bis 2027 auf ein [eigenes stehendes Heer mit 10'000 Grenzschutzbeamten:innen](#) aufgestockt werden.

Das Arsenal an militärischer Infrastruktur wächst stetig: die Agentur hat eigene Einsatzfahrzeuge, Schiffe, Drohnen und rüstet zukünftig ihr stehendes Heer auch mit eigenen Waffen aus.

Die personelle Beteiligung durch die Schweiz

[Die Schweiz ist durch zwei Personen im Verwaltungsrat von Frontex vertreten: EZV-Vizedirektor Marco Benz und seine Stellvertreterin Medea Meier.](#)

Zudem sendet die Schweiz Grenzbeamten:innen in den Einsatz an die Aussengrenzen. Diese leisten zusammengerechnet zwischen 1500 und 2500 Einsatztage pro Jahr, wobei die Zahl laufend ansteigt. Dabei handelt es sich um Dokumentspezialist:innen, Hundeführer:innen oder sogenannte Rückkehrspezialist:innen für Ausschaffungen. [Zwischen März und September 2020 nahmen beispielsweise vier Schweizer Grenzschützer:innen im Bereich Grenzüberwachung an der Evros-Mission teil. Evros ist der Grenzfluss zwischen Griechenland und der Türkei.](#) Die Grenzregion ist ein schwer zugängliches und stark militarisiertes Gebiet. Seit Jahren existieren Berichte von systematischen Pushbacks aus der Region, hauptsächlich durch die griechischen Behörden, aber unter direkter und indirekter Mithilfe von Frontex-Personal.

Reporting, Rechenschaftspflicht und Verantwortung

Als Exekutivagentur hat Frontex im EU-Gefüge eine eigene Rechtspersönlichkeit und geniesst grosse Unabhängigkeit. Ihr Kontrollorgan ist die EU-Kommission, jedoch ist Frontex laut Verordnung nicht weisungsgebunden, was insbesondere dem Direktor (aktuell: Fabrice Leggeri) viel Gestaltungsspielraum lässt. Zahlreiche Berichte der letzten Monate zeigen grosse Lücken in den Grundrechtsmechanismen und Reportingsystemen – [sie führen weder zu verbindlichen Rechenschaftspflichten noch zu einer effektiven Kontrolle der Arbeit an den Grenzen.](#) Es laufen aktuell [mehrere Verfahren gegen Frontex aufgrund von Klagen gegen Menschenrechtsverletzungen sowie Korruptionsvorwürfen.](#)

Abschotten statt Retten

Anstatt für dringend nötige sichere Fluchtwege zu sorgen, führt Frontex einen regelrechten Krieg gegen Migration. Gleichzeitig und auch deswegen ertrinken weiterhin tausende Menschen im Mittelmeer. [Fast 24'000 Menschen sind seit 2014 auf dem Weg nach Europa gestorben, vor den Augen der bestens ausgerüsteten Agentur und ihren Einsatztruppen.](#) Und das, obwohl Frontex die Schengen-Aussengrenze immer umfassender im Bild hat: [147 Millionen investierte sie in die Luftüberwachung und analysiert grenzüberschreitende Bewegungen in ihrem Hauptquartier in Echtzeit.](#) Gleichzeitig werden die offiziellen Rettungsmissionen auf dem Mittelmeer immer weiter reduziert .

Zahlreiche Berichte der letzten Monate zeigen zudem Beteiligungen von Frontex-Beamten:innen an Pushbacks in der Ägäis.